

Revolutionäre Anti-FaschistInnen ziehen Konsequenzen: Austritt aus der sozialdemokratischen Hilfstruppe JRE

Nach über einem Jahr Mitarbeit haben UnterstützerInnen der Gruppe Spartakus auf dem JRE-Camp in Reinwarzhofen am 16.08. ihren Austritt aus JRE erklärt. Unsere Bemühungen in JRE, auf einer revolutionär anti-faschistischen Grundlage zu arbeiten, waren von Beginn an mit der opportunistischen Politik der von VORAN (SAV) gestellten JRE-Führung konfrontiert. Nahezu jede konkrete anti-faschistische Aktion wurde durch deren reformistisches Schwanken gefährdet. Auch aufgrund der Erfahrungen auf dem JRE-Sommer-Camp muß festgehalten werden: Als VORAN-Frontorganisation agiert JRE vor allem als Wahlkampf- und Hilfstruppe der SPD-/PDS- und Gewerkschaftsführung. Die Zusammenarbeit mit bürgerlichem Staat und Polizei bis hin zur Denunzierung und körperlichen Bedrohung von Linken ist zum festen Bestandteil dieser angeblich "unabhängigen" Gruppe geworden. Die bürokratische Dominanz der VORAN/JRE-Führung macht eine JRE-interne demokratische Debatte über die brennenden Fragen des anti-faschistischen Kampfes unmöglich.

Sozialdemokraten - VORAN!

Nachdem VORAN im Januar '94 auf der letzten Bundeskonferenz ihre revisionistische Wahlposition in JRE - nicht ohne Schwierigkeiten - durchgebracht hatte, sollte dieses wackelige Ergebnis in der heißen Phase des Wahlkampfes nicht doch noch gefährdet werden. Obwohl die "Wahlen 94" - neben dem Camp - vom Bundesbüro zum zentralen JRE-Schwerpunkt in diesem Jahr erklärt worden waren, wurde dieses Thema bewußt nicht auf die Liste der zahlreichen Diskussionsforen des Camps gesetzt. In der "Stellungnahme des JRE-Bundesbüros zum Papier der JRE-Kreuzberg/Gruppe Spartakus", gleich zu Anfang des Camps nervös von der JRE-Führung verteilt, mußte es dennoch aufgegriffen werden.

Da heißt es zu diesem Thema u.a., die GS-Unterstützer hätten im Januar '94 "ein taktisches Manöver" unternommen und "mit ihrer wahren Meinung hinterm Berg" gehalten, weil wir damals gegen einen direkten oder indirekten Wahlauftritt für die SPD gekämpft, aber unsere (heutige) Position des "Wählt Ungültig" "verschwiegen" hätten. Strategisch orientierte SPD-Dauerwähler à la VORAN können sich natürlich nicht vorstellen, daß revolutionäre *Wahltaktik* nicht schon Monate vor der Wahl zur bürgerlichen Schwatzbude feststeht. Während wir damals die PDS und die Vorbereitungen zu ihrem Wahlkongress beobachteten, stand für uns (wie auch für ein Drittel aller JRE-Delegierten) allerdings schon im Januar fest, daß u.a. die rassistische Komponente der SPD-Politik (Ausbeutung des Asylrechts) jegliche Unterstützung im kommenden Wahlkampf unmöglich machen würde.

Indikativ für das opportunistische Manövrieren der VORAN/JRE-Führung hingegen war es schon damals, daß sie ihre Position zur Unterstützung der SPD hinter der auf der JRE-Konferenz vorgeschlagenen Wahlaussage "Deine Stimme gegen Rechts" verstecken wollte. Wenige Monate später wurde die VORAN-Unterstützung der SPD durch die (etwas

linkere) der PDS erweitert, da der offen-sozialdemokratische Kurs in JRE zunehmend unter Druck geriet. Obwohl klar ist, daß die Bereitschaft zur Aktion gegen die Nazis nur eigenständig gegen die offen rassistische SPD-Politik und die zu Passivität und Ruhe aufrufende PDS-Führung zu erlangen ist, wird in der JRE-Wahlaussage die nötige *politische Abgrenzung* zugunsten der Popularität gegenüber Grünen, SPD und PDS abgelehnt, schließlich will sich JRE ja nicht "von anderen AntifaschistInnen abgrenzen". Und genau diese kapitulantenhafte Nachtrabpolitik hinter der staatstragenden Opposition, die mit Warnungen vor "Sektierertum" und "drohender Isolation" verkaufte wird, führt zur Kapitulation vor der Bourgeoisie und dem bürgerlichen Staat selbst.

VORAN und der bürgerliche Staat - Die Theorie ...

Unter der Überschrift "Das Verhältnis von JRE zu Polizei und Staat" erklärt die JRE/VORAN-Führung:

"... es geht in konkreten Situationen darum die Faschisten zu stoppen. Und dabei ist es legitim den bürgerlichen Staat auszunutzen, wenn dies möglich ist ..." (Stellungnahme des JRE-Bundesbüros).

Hoppla, hier wird die JRE-Führung gegenüber uns endlich einmal deutlicher: Der bürgerlich-demokratische Staatsapparat - also doch ein (wenn auch unsicherer) Bündnispartner des Proletariats gegen den Faschismus? Dabei sollte doch für MarxistInnen eins klar sein: Gegenüber einem konsequenten, revolutionären

JRE: Spielwiese der pro-sozialdemokratischen VORAN!

Ein Platz für linke, revolutionäre Anti-FaschistInnen?

Nach der Harzreise Vollversammlung revidieren wir die Marsch von JRE-Theorie:

"Stimmenmäßig meinte der Berliner SprecherInnenrat: 'Um den destruktiven Konflikt zwischen der Vier aus Kreuzberg und uns nicht noch anzuhängen. JRE nicht dieser Spaltungspolitik auszuweichen und den Vier die Möglichkeit zu geben, beim AIV (IAU) von JRE zu helfen, beschränken wir, trotz Ankündigung, nicht den Ausschluß der Vier aus Kreuzberg.' Andererseits beschränken die Vier, daß die Antwort des SprecherInnenrats auf deren offenen Brief zurückgenommen werden soll. Das wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Aber es wurde die Frage laut, warum dieser Vier Mitglied bei JRE sind, wenn JRE an sich nicht ist. Sie wurden mit großer Mehrheit revidiert.

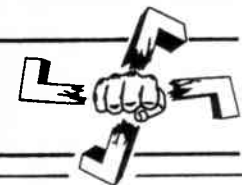
Die Diskussion über das 'angebliche' Verhältnis von Staatsapparat und JRE wurde aus Zeitgründen verkürzt. Die Diskussionen wurden wir aber nicht erheblich und konstruktiv führen" (M. Doeplke, comlink, 16.06.94).

Diese veränderliche "Begründung" (die also die Veranschlagung eines veränderten bürokratischen Ausschusses) wollen wir nicht unbemerkt lassen. Die symbolische Aufforderung

"endlich konstruktiv mitzuarbeiten" wollen wir unseren MitarbeiterInnen, als wir zur Debatte stellen: "auf welcher Grundlage mitarbeiten?" und "wie konstruktiv gegen den Faschismus kämpfen?"

Als wir uns vor über einem Jahr JRE angeschlossen, sahen wir den JRE-Anspruch ernst, Konsequenzen gegen die sich ansammelnden faschistischen Aktivitäten in der BRD vorzugeben. Aussagen des JRE-Programms wie "gegen alle Formen von Rassismus und Nationalismus" zu kämpfen, "für Aktionen gegen rassistische und faschistische Angriffe", "Verbindung von faschistischen Versammlungen", für die Organisation eines "effektiven Selbstschutzes" unter "Kontrolle der antifaschistischen und Gewerkschaftsbewegung" statt "Verlaß auf Polizei und Gerichte" haben wir als Ansatzpunkte, in JRE auf revolutionärer Grundlage arbeiten zu können. Mit der Zeit ist uns immer klarer geworden, daß die JRE-Führung, fast im Geißel von VORAN, immer offener das JRE-Programm mit Fäden tritt. Von der pro-sozialdemokratischen VORAN zunehmend dominiert sich JRE heute vor der Wahlkampf- und Hilfstruppe insbesondere der SPD und Gewerkschaftsführung, in zweiter Linie der PDS zu verkommen. Wer wirklich gegen

Diskussionspapier
von
JRE-Kreuzberg



DM 2,- + Porto DM 3,-
(bitte der Bestellung in Briefmarken beilegen)
Zu beziehen über Redaktionsanschrift

Anti-Faschismus sind sich bürgerlich-demokratische Institutionen (Gerichte, Polizei) und Faschisten unbedingt einig. Schließlich verteidigen beide die gleiche gesellschaftliche Grundlage, nämlich das kapitalistische Privateigentum. Nur die Arbeiterklasse, unter einer revolutionären Führung, kann konsequent gegen den Faschismus vorgehen, indem sie beim Kampf gegen diesen Gegner nicht stehen bleibt. Der bürgerliche demokratische Staat kann kein Unterstützer eines konsequenten, revolutionären Anti-Faschismus sein.

Der Konflikt zwischen bürgerlicher Demokratie und ihren Exekutivorganen sowie den Faschisten ist rein "taktischer", man möchte sagen: "arbeitsteiliger Natur". In der Ära der parlamentarischen Demokratie benötigen die Demokraten die Faschisten für die illegale Drecksarbeit; diese sollen von daher an der mehr oder minder langen Leine laufen. Die Faschisten dagegen sehen sich zu höheren Weihen - v.a. auf den Leichen der ImmigrantInnen, der Linken und Arbeiterbewegung, aber dann auch auf denen der Demokraten - berufen.

Schief und falsch ist die VORAN-Interpretation dieses Konfliktes, ihr Verständnis des "taktischen" Verhältnisses zwischen bürgerlich-demokratischem Staat und Faschisten. Nach Auffassung der VORAN-Tendenz kann nämlich der bürgerliche Staat dazu gezwungen werden, (mehr oder minder konsequent, das hängt angeblich von den Anti-FaschistInnen ab) ernsthaft gegen die Faschisten vorzugehen:

"Das Verhältnis von Staat und Polizei zu den Faschisten ist aber auch ein taktisches. Die Polizei reagiert nicht immer gleich auf faschistische Aktionen. Je nachdem wie groß der gesellschaftliche Druck ist, sieht sich die Polizei gezwungen begrenzt gegen Nazis vorzugehen" (ebenda).

Solange die Mittel der parlamentarischen Demokratie zur Verteidigung des Kapitalismus ausreichen, wollen die Herrschenden den Einfluß der Faschisten begrenzt halten. Sie tun dies aus *eigenständigem* Interesse und nicht, wie VORAN vorgibt, aufgrund eines (womöglich anti-faschistischen) "gesellschaftlichen Drucks". Der Staatsapparat ist grundsätzlich konterrevolutionär und hat deshalb, wie gesagt, durchaus kein takti-

sches Verhältnis zum revolutionären Anti-Faschismus. Dem "Druck" einer konsequenten anti-faschistischen Bewegung ist er von daher auch nicht zugänglich.

... führt zur opportunistischen Praxis

Die JRE-Führung behauptet:

"Die Position von JRE ist eindeutig: Kein Vertrauen und kein Verlaß auf Staat, Polizei und Justiz ... JRE hat bei keiner Aktion den Grundsatz der unabhängigen antifaschistischen Mobilisierung verlassen und sich niemals auf Polizei und Staat verlassen".

Vergessen sind Pocking, Coppenbrügge ... Und auch die Berliner Erfahrungen beweisen das genaue Gegenteil: Wie sich jetzt herausstellt hatte die VORAN/JRE-Führung - trotz damals gegenteiliger Bekundungen - nie ernsthaft eine nationale Mobilisierung gegen einen möglichen Nazi-Aufmarsch am 20.04. geplant. Die Berliner unabhängige Mobilisierung wurde sabotiert, während das "Sicherheitskonzept" dann für den Abend vorsah, bei einem Auftauchen der Faschisten nicht nur das Berliner-Antifa-Telefon anzurufen, sondern sofort unmittelbar danach die Polizei zu verständigen. Aber die "Polizei sollte nicht automatisch informiert werden" (ebenda), lügen sie heute dreist und verweisen auf angebliche "Notsituationen", die im Rahmen des "Sicherheitskonzeptes" damals gar nicht diskutiert wurden.

Für VORAN gibt es ihn eben doch - den linken "Freund und Helfer"

In seiner Stellungnahme erklärte das Bundesbüro, daß es in der anti-faschistischen Arbeit auch darum ginge, die Polizei "als Ganzes politisch (!?) zu schwächen", z.B. durch die kritische Unterstützung der "AG Kritischer Polizisten". Auf dem Camp wurden die VORAN/Militant-Vertreter auch in dieser Frage deutlicher: Hier wurden Gewerkschaftsrechte für Bullen und die Existenz der sogenannten "Gewerkschaft der Polizei" im DGB verteidigt. Also für mehr Lohn, Pausen und Urlaub der Polizei sollen Linke eintreten,

Ich bin nix,
ich kann nix

...
Bullen-
Schnauzen

Mehr Geld,
mehr Erholung...
bessere Knüppelbe-
dingungen für diese
Damen und Herren?



damit noch zufriedener und ausgeruhter gegen anti-faschistische Demonstranten oder Streikpostenkettten vorgegangen werden kann. Aber bitte schön - "kritisch" soll geknuppelt werden! Darüberhinaus wurden die Polizisten als "Arbeiter in Uniform" bezeichnet und die Polizei mit der Armee verglichen.

Dieses reformistische Staatsverständnis zementiert das heutige niedrige Klassenbewußtsein. Unter den Lohnabhängigen sollen die Polizisten als "Kollegen" akzeptabel gemacht werden. Doch gerade das klare Verständnis, daß die bürgerliche Staatsmaschine die Aufgabe hat, mit Hilfe ihrer Repressionsorgane die Interessen des Kapitals durchzusetzen, ist von zentraler Bedeutung in jeder Auseinandersetzung mit den Faschisten wie auch für den allgemeinen Emanzipationskampf der Arbeiterklasse. Während mitten durch die Armee eine Klassenlinie zwischen zwangsverpflichteten Arbeitern in Uniform und Offizieren verläuft, ist jeder Polizist quasi ein "Berufssoldat für Inlandsaufgaben". Wie schon das Diskussionspapier von JRE-Kreuzberg aus Troztkis "Was nun? - Schicksalsfragen des deutschen Proletariats" zitierte:

"Auch hier wird das Denken vom Sein bestimmt. Die Arbeiter, die Polizisten im Dienst des kapitalistischen Staates geworden sind, sind bürgerliche Polizisten und nicht Arbeiter".

VORAN-Bürokraten lassen die Maske fallen

"Verleumdungen, Beleidigungen und Lügen" würde die GS verbreiten, und "hinter den Kulissen kungeln", sowie "hintern Rücken eine Schlammschlacht anfangen" sagen genau diejenigen, die den Dreck am Stecken haben. Auf die Vorwürfe bürokratischer Machenschaften seitens der ex-JRE-KreuzbergerInnen wurde jedoch substantiell nicht eingegangen.

Das bürokratische Verhalten der VORAN/JRE-Führung auf dem Camp brachte dann das Faß zum Überlaufen. Auf dem dreistündigen Forum des Camps zum Thema "Faschismus und Staat" hinderte man JRElerInnen aus Kreuzberg und Hamburg am Sprechen, während Militant- und VORAN-Redner zu Dutzenden ihr opportunistisches Staatsverständnis breittreten konnten. JRE-Hamburg wurde bei ihrem Forum (mit ca. 100 Teilnehmern) das Mikro vorenthalten, während die VORAN/JRE-Führung für Kreuzberg ganz etwas besonderes aus ihrer bürokratischen Wundertüte zauberte. Schon in seiner "Stellungnahme" hatte das Bundesbüro in Richtung JRE-Kreuzberg "Konsequenzen ... für die VerfasserInnen der Broschüre" angedroht. Auf dem Camp sollten dann Nägel mit Köpfen gemacht werden: JRE-Kreuzberg existiere nicht mehr, verkündete ein Berliner SprecherInnenratsmitglied dreist, um das für das Camp angemeldete Kreuzberger Diskussionsforum zu verhindern. Trotz alledem wurde das Forum durchgesetzt.

Sozialdemokratische Bürokratenlehrlinge greifen zu Börners Dachlatte

Während das Camp angeblich offen für alle Linken und Anti-Faschisten sein sollte, schreckten wiederholt französische Mitglieder der Militant-Organisation nicht vor physischer Gewalt zurück, um die oppositionelle Meinung der IKL zum Schweigen zu bringen.

Die IKL (SpAD), ebenfalls auch nicht gerade zimperlich im Umgang mit linken Kritikern, hatte sich dieses Mal jedoch an die Regeln der Arbeiterdemokratie gehalten und wurde korrekterweise von GenossInnen verschiedener politischer Herkunft (inklusive der GS) geschützt. Die Camp-Leitung reagierte prompt: nicht etwa die Schläger von Gauche Révolutionnaire wurden in die Schranken verwiesen, sondern der IKL wurde der Ausschluß vom Camp angedroht!

JRE: Kein Platz für revolutionäre Anti-Faschisten!

Bei JRE geht es nicht einfach um zu überkommene organisatorische Mängel hier und politische Unerfahrenheit da; JRE ist aufgrund der Politik der reformistischen VORAN zu einem Hindernis im Kampf gegen die Nazis geworden. Jugendliche, die mit anti-faschistischen Aktionseinheiten ernsthaft gegen die Faschisten vorgehen wollen, werden daran von VORAN durch Anbiederung an die Sozialdemokratie bei gleichzeitigem Sektierertum gegenüber anderen Linken gehindert.

Wer nicht SPD/PDS oder Grüne in diesem Wahlkampf wählen möchte, wer die notwendige Kritik an der Gewerkschaftsbürokratie nicht denunziert sehen will als anti-gewerkschaftliche Kritik, wer im Kampf gegen die Nazis nicht auf Polizei und Staatsapparat setzen und für einen konsequenten, revolutionären Anti-Faschismus auf der Grundlage anti-faschistischer Aktionseinheiten (trotz politischer Differenzen) kämpfen will, der sollte mit uns Kontakt aufnehmen!

Verteidigt die GenossInnen der Antifa (M)!

Der bürgerliche Staatsapparat versucht gezielt, jede militante anti-faschistische Gegenwehr zu unterdrücken bzw. zu behindern. Am 05.07. wurden die Räume der Antifa (M) und des ASTA sowie 15 Privatwohnungen in Göttingen durchsucht. Die Antifa (M) ist Mitglied in der Bundesorganisation / Antifaschistische Aktion, die mit dem Anspruch antritt, den Faschisten dort entgegen zu treten, wo diese ihr Haupt erheben wollen. Im Unterschied zu anderen autonomen Gruppen zielt sie dabei auf gemeinsame Aktionen u.a. mit Sozialdemokraten und Gewerkschaften. Besonders die Politik der Antifa (M) scheint den Herrschenden ein Dorn im Auge zu sein. Auf fadenscheiniger Grundlage soll jetzt GenossInnen der Antifa (M) der Prozeß gemacht werden.

Unabhängig von politischen Differenzen muß die Antifa (M) gegen die staatlichen Angriffe von allen Linken und Anti-Faschisten verteidigt werden.

*Schluß mit den Ermittlungen gegen die Antifa (M)!
Kampf der Kriminalisierung des anti-faschistischen Widerstandes!*